

WAHLEN 2019

Die neun Kandidierenden für den Regierungsrat



Korintha Bärtsch (1984)
Luzern, Umweltwissenschaftlerin
und Fraktionschefin im Grossen
Stadtrat, Grüne, neu



Guido Graf (1958)
Pfaffnau, Regierungsrat seit 2010,
Vorsteher des Gesundheits- und
Sozialdepartements, CVP



Roland Fischer (1965)
Udligenswil, Ökonom, Dozent an der
Hochschule Luzern, ehemaliger
Nationalrat, GLP, neu

Linke will rein bürgerliche
Regierung knacken

Kanton Luzern: Die Ausgangslage für die Regierungsratswahlen

Das Luzerner Stimmvolk wählt am 31. März die Kantonsregierung neu. Vier Jahre nachdem die SP aus der Regierung geflogen ist, wollen die Linken diesen Sitz zurückerobern. Auch die GLP mischt mit. Zudem entscheidet sich, ob Luzern weiterhin als einziger Kanton der Zentralschweiz ohne Frau regiert wird.

Insgesamt buhlen acht Männer und eine Frau um die fünf Sitze, die heute von bürgerlichen Männern gehalten werden. Vor vier Jahren hatte die SP eine herbe Niederlage erlitten: Erstmals seit 56 Jahren schaffte sie es nicht, in den Regierungsrat gewählt zu werden. Die SP-Kandidatin Felicitas Zopfi verpasste es, den Sitz der zurücktretenden Regierungsrätin Yvonne Schärli zu verteidigen.

Damit wird der Kanton Luzern seither nicht nur rein bürgerlich regiert. Es sitzen auch ausschliesslich Männer in dem Gremium. Diese Konstellation aufbrechen wollen die Linken mit dem 50-jährigen Kantonsrat und Leiter eines Bildungszentrums, Jörg Meyer (SP), sowie mit Korintha Bärtsch (Grüne). Die 34-jährige Luzerner Stadtparlamentarierin und Umweltwissenschaftlerin ist die einzige Frau, die antritt. Erstaunlicherweise spielte die Frauenfrage bislang im Wahlkampf kaum eine Rolle, dies wohl, weil die SP sich für eine Männerkandidatur entschieden hat und Bärtsch nur wenig bekannt ist.

Unter Sparzwang

Geprägt wurde die auslaufende Legislatur nicht von grossen Würfen, sondern vom engen Korsett der Finanzpolitik. Die kantonalen Museen sollen nicht mit einem Ausbau, sondern mit einem Abbau neu positioniert werden, Sparmassnahmen wie etwa 2016 die «Zwangsferien» für Schulen sorgten für Unverständnis. Chaotisch war 2017, als Luzern monatelang ohne Budget auskommen musste und die Stimmbevölkerung eine Steuerfusserhöhung ablehnte. Die Regierung kürzte die Prämienverbilligungen, forderte von Familien bereits ausbezahlte

Beiträge zurück und handelte sich dafür einen Rüffel des Bundesgerichts ein.

Für die in die Opposition gedrängte Linke sind solche Vorfälle Beweis dafür, dass die bürgerliche Finanzpolitik in eine Sackgasse geführt hat und die Strategie, auf rekordtiefe Unternehmenssteuern zu setzen, falsch war. Die bürgerlichen Parteien sehen dagegen keinen Grund, von der eingeschlagenen Steuerstrategie abzuweichen. Noch im Januar lehnte der Kantonsrat eine Erhöhung der Unternehmenssteuern ab.

Zentrale politische Figur der letzten Jahre war folglich Finanzdirektor Marcel Schwerzmann. Der ehemalige kantonale Steuerverwalter ist seit 2007 im Amt und parteilos. Er muss sich immer wieder den Vorwurf gefallen lassen, einer Partei – zunächst der SVP, dann der SP – den ihr zustehenden Regierungssitz wegzunehmen.

Nur eine Vakanz
Neben Schwerzmann treten auch Sicherheitsdirektor Paul Winiker (SVP/seit 2015), Gesundheitsdirektor Guido Graf (CVP/ seit 2010) und Bildungsdirektor Reto Wyss (CVP/ seit 2011) erneut an. Die Vertretung der FDP in der Kantonsregierung sicherstellen soll der 42-jährige Gewerbeunternehmer und Kantonsrat Fabian Peter, der auf den zurücktretenden Baudirektor Robert Küng folgen will. Neben der SP und den Grünen will auch die kleinste Kantonsratsfraktion, die GLP, bei den Regierungsratswahlen mitmischen. Die Grünliberalen schicken ihren Parteipräsidenten, den 53-jährigen alt Nationalrat Roland Fischer, ins Rennen, ein Fachmann für öffentliche Finanzen.

Der neunte Regierungskandidat ist Rudolf Schweizer. Der Carrosseriespenger aus Luzern tritt für die Partei «Parteilose Schweizer» (PS) an. Der 56-Jährige hatte 2015 schon für den Ständerat und 2016 für den Stadtrat kandidiert, er blieb ohne Erfolg.

802 Kandidierende für Kantonsrat

Blick in den Kantonsrat: In den sechs Wahlkreisen bewerben sich insgesamt 802 Personen um die 120 Sitze im Luzerner Kantonsparlament. Die 314 Frauen und 488 Männer figurieren auf 61 Listen. Im Wahlkreis Entlebuch bewerben sich 45 Personen um sieben Sitze. In der heutigen Ausgabe erfolgt der dritte und letzte Teil der «Vorstellungsrunde».

Gewählt wird der Kantonsrat im Proporzverfahren. Aktuell sind sechs Parteien im Parlament vertreten: CVP (38 Sitze), SVP (29), FDP (25), SP (16), Grüne (7) und GLP (5). Vor vier Jahren war das Parlament leicht nach rechts gerutscht. Die Grünen verloren damals zwei Sitze, die GLP und die CVP büssten je ein Mandat ein. SVP und FDP legten dagegen um je zwei Sitze zu. Der Frauenanteil im Parlament lag nach den letzten Wahlen bei knapp 30 Prozent. [sda]

Ich kandidiere für den Regierungsrat, weil es mich erstens reizt, die Zukunft Luzerns mitzugestalten. Ein Kanton, der vor grossen Herausforderungen steht. Zweitens bin ich unzufrieden mit der derzeitigen Zusammensetzung und Ausrichtung der Regierung. Heute bestimmen fünf bürgerliche Männer über die Zukunft des Kantons. Ein besserer Ausgleich zwischen den Geschlechtern, Parteien und Regionen würde dem Regierungsrat guttun. Frauen waren im Luzerner Regierungsrat bisher leider eine seltene Minderheit. Dass Frauen und Männer gemeinsam eine Regierung bilden, sollte 2019 doch einfach nur normal sein. Ohne uns Frauen fehlt in der Regierung die Perspektive der Hälfte der Bevölkerung. Gemischte Gremien arbeiten erwiesenermassen besser. Deshalb braucht es wieder eine Frau im Regierungsrat.

Hitzesommer und Wassermangel in der Landwirtschaft: Die Auswirkungen des Klimawandels waren diesen Sommer auch im Kanton Luzern spürbar. Unternimmt der Kanton Luzern in der Klimapolitik genug? Das neue Energiegesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber nicht. In den kommenden Jahren müssen wir gewaltige Fortschritte machen, damit wir die Ziele des Pariser Klimaabkommens erfüllen, um die globale Erwärmung bis ins Jahr 2050 auf 1,5 Grad Celsius zu beschränken. Sonst wird es für uns alle ungemütlich. Als Parlamentarierin und Fraktionschefin im Stadtparlament Luzern bin ich mit politischen Prozessen gut vertraut. 13 Jahre Erfahrung sammeln sich in meinem Rucksack. Besonders wertvoll für die Arbeit in der Regierung ist das Wissen, wie man Mehrheiten für eine Sache gewinnt und die Geduld, den richtigen Zeitpunkt abzuwarten, um ein politisches Dossier anzugehen. Ausserdem verfüge ich über die Kreativität, Lösungen für die Dinge zu finden, die auf den ersten Blick unmöglich scheinen. In meinen Vorstössen gelingt es mir wiederholt, bürgerliche Unterstützung für meine Anliegen zu gewinnen. Ich bin daran interessiert, politische Vorhaben umzusetzen. Und da sind Kompromisse über die Parteigrenzen hinweg unverzichtbar, um vernünftige Lösungen zu finden. Es gilt, das Machbare zu realisieren, auch wenn man gerne weitergehen würde. Die Basis für jeden guten Kompromiss sind jedoch klare Überzeugungen, und die habe ich.

Welches Luzern möchte ich gerne den nächsten Generationen weitergeben können? Eine Gesellschaft, die solidarisch ist im Umgang miteinander, so dass niemand zwischen Stuhl und Bank fällt. Im Sinne der Gleichberechtigung braucht es deutlich mehr weibliche Vorbilder in Führungspositionen. Und wir müssen zu unserer Natur Sorge tragen, so dass sie kommende Generationen genauso erleben können, wie wir heute.

Der Kanton Luzern mit all seinen landschaftlichen Besonderheiten ist nicht nur einer der schönsten Kantone in der Schweiz, sondern auch der schönste Arbeitsplatz, den man sich vorstellen kann. Seit 2010 darf ich Tag für Tag im Dienste der Luzerner Bevölkerung tätig sein. Das Gesundheits- und Sozialwesen ist mir in dieser Zeit so richtig ans Herz gewachsen. Ich konnte mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammen schon einiges erreichen. So mit dem Projekt «ambulante vor stationäre», der Neuorganisation im Asyl- und Flüchtlingswesen, dem Spitalverbund mit Nidwalden (LUNIS) sowie Obwalden im Bereich Psychiatrie (lups-ON) und der Schaffung des Sozialversicherungszentrums (WAS Wirtschaft Arbeit Soziales).

Aus den beschränkten Mitteln das Beste für unsere Bevölkerung herauszuholen und die Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen zu erfüllen, ist mit viel Arbeit und grosser Verantwortung verbunden. Ich darf sagen, dass ich die Verantwortung als Regierungsrat immer wahrgenommen habe. Ich bin motiviert, auch in der kommenden Legislatur die Herausforderungen anzupacken, die auf den Kanton Luzern zukommen werden. Denn eines ist klar, die Arbeit ist noch nicht getan. Der Finanzhaushalt des Kantons muss nachhaltig saniert werden. Wir haben mit dem eingeschlagenen Weg, der Steuerstrategie, zur Erhaltung von Arbeitsplätzen beigetragen und den Wirtschaftsstandort Luzern gestärkt. Die rückläufigen Finanzausgleichszahlungen hätten wir von Beginn weg einkalkulieren sollen, indem wir eine Kriegskasse, quasi eine Reserve, gebildet hätten. Grosse Sorgen bereitet mir das Kostenwachstum im Gesundheitswesen. Wir haben eine qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung, die wir auch so beibehalten wollen. Der medizinische Fortschritt geht allerdings so weit, dass bald alles möglich ist. Nur ist die Finanzierung bei allem Fortschritt nicht sichergestellt. Hier ist es an der Politik, eine Medizin mit Augenmass – nicht alles was möglich ist, ist auch notwendig – ins Zentrum zu stellen. Die Senkung des Kostenwachstums im Gesundheitswesen ist eine der Aufgabenbereiche, für die wir zurzeit weitere geeignete Massnahmen erarbeiten.

Im Sozialbereich müssen wir zu Ausgleichsgefässen wie der Prämienverbilligung Sorge tragen. Diese darf nicht mehr für Sparübungen genutzt werden. Die Sozialversicherungen tragen wesentlich zum sozialen Ausgleich und dem gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Im Bereich Integration sind wir mehr gefordert denn je und müssen die Menschen aus dem Asyl- und Flüchtlingswesen gezielt fördern und fördern. Ein Augenmerk möchte ich auch auf die älteren Personen legen, die arbeitslos und auf Jobsuche sind. Es ist gesellschaftspolitisch unumgänglich, sie in unserer Arbeitswelt zu integrieren.

Ich freue mich auf die bevorstehenden Wahlen und danke Ihnen bereits heute für Ihre Unterstützung!

Mein Hauptziel ist es, in der Regierung allen ökologisch, liberal und fortschrittlich denkenden und handelnden Menschen eine Stimme zu geben. Denn die Luzerner Regierung ist heute sehr konservativ zusammengesetzt. Neue Ideen und Konzepte haben es schwer und finden nur mit Druck von aussen ihren Niederschlag, wie beim neuen Energiegesetz. Dabei sind gerade heute, wo wir mit dem Klimawandel und der demografischen Entwicklung vor grossen Herausforderungen stehen, innovative Lösungen gefragt. Finanzpolitisch hat die Regierung den Kanton ins Abseits geführt. Wegen den knappen Finanzen besteht kaum Spielraum für neue Projekte. Ausserdem mussten wir in den letzten Jahren einen budgetlosen Zustand, Zwangsferien an Gymnasien und unrechtmässig gekürzte Prämienverbilligungen erdulden. In der Luzerner Regierung möchte ich deshalb eine zukunftsgerichtete, sachliche Finanzpolitik mit Augenmass betreiben, welche zu den Finanzen Sorge trägt, dem Kanton aber genügend Handlungsspielraum lässt, um den umweltpolitischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu begegnen.

Damit wir den Klimawandel eindämmen können, muss jedes Land, jeder Kanton, jede Gemeinde und jede/r Einwohner/in einen Beitrag leisten. Gerade im Kanton Luzern können wir besonders viel für das Klima tun. Zum Beispiel mit dem stärkeren Schutz der Moore. Moore sind grosse CO₂-Speicher und absorbieren laufend CO₂ aus der Atmosphäre. Rund ein Drittel aller Schweizer Moore liegt ganz oder teilweise im Kanton Luzern. Dadurch haben wir eine besondere Verantwortung. Mit dem Erhalt und der Wiederherstellung der Moore im Kanton Luzern können wir einen CO₂-Ausstoss im Gegenwert von 1000 bis 3000 Langstreckenflügen verhindern. Umwelt-, Finanz-, und Sozialpolitik lassen sich gut miteinander verbinden, zum Beispiel mit Lenkungsabgaben auf dem CO₂-Verbrauch. Sie sind als wirksames und wirtschaftsverträgliches Instrument breit anerkannt. Mehrere Tausend Ökonomen haben erst kürzlich einen Aufruf unterschrieben, welcher zum Schutz des Klimas die Einführung von CO₂-Lenkungsabgaben fordert. Durch eine vom CO₂-Ausstoss abhängige Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer werden Elektromobilität, Velo und öV gefördert. Eine Lenkungsabgabe auf nicht erneuerbarem Strom fördert die einheimische Wasserkraft und die Solarenergie, welche gerade in ländlichen Regionen ein grosses Potenzial hat. Zusätzliche Einnahmen aus diesen Abgaben können zur Stabilisierung der Kantonsfinanzen eingesetzt und an die Bevölkerung zurückverteilt werden, z.B. via tiefere Krankenkassenprämien. Das wäre eine ökologische, wirtschaftsfreundliche und soziale Politik, welche den Menschen und der Umwelt zugutekommt. Ausserdem bieten Investitionen in den Klimaschutz grosse Chancen für unsere von KMU geprägte Wirtschaft.

Am 31. März wird neben dem Luzerner Kantonsrat auch der Regierungsrat erneuert. Für die fünf Sitze bewerben sich neun Personen. Auf dieser Doppelseite stellen sie sich vor. Dabei wurde es ihnen überlassen, wie sie den zur Verfügung gestellten Platz nutzen. [EA]